

Stadtverwaltung Tübingen

8.2.21

Die SPD-Fraktion stellt folgenden Antrag zum Thema Schwerbehindertenvertretung bei der Stadt Tübingen

Die Verwaltung berichtet spätestens in der nächsten Sitzung des Verwaltungsausschusses

- a) über die Ursachen für die lange Vakanz bei der Schwerbehindertenvertretung und die Ursachen für die Vakanz bei beiden Stellvertretungen
- b) warum nach wie vor (nach deutlich mehr als einem Jahr) keine Neuwahl stattgefunden hat und wann diese Neuwahl nach Ansicht der Verwaltung stattfinden kann/wird
- c) wie in der Zwischenzeit sichergestellt wurde bzw. bis zu einer Neuwahl weiter sichergestellt wird, dass die nach dem AGG zugesicherten Rechte schwerbehinderter Bewerber*innen bei Bewerbungsverfahren und Anstellung bei der Stadt gewahrt sind, zB. durch eine regelmäßige Beteiligung des Personalrats an solchen Verfahren
- d) wie die Kommunikation nach außen in allen Belangen der Schwerbehindertenvertretung besser gewährleistet werden soll.

Begründung:

Unabhängig von der derzeit anhängigen Klage eines schwerbehinderten Bewerbers gegen die Stadt wegen Verstößen gegen das AGG stellen sich grundsätzliche Fragen, wie die Stadt mit der Situation der seit ca. eineinhalb Jahren fehlenden Schwerbehindertenvertretung umgehen will bzw. auch umzugehen hat, um sich nicht dem Vorwurf des Verstoßes gegen Regelungen des AGG auszusetzen. Diese Fragen sind dringlich und sollten deshalb so bald als möglich unter Angabe konkreter Handlungsschritte beantwortet werden.

Für die SPD-Fraktion:
Dr. Dorothea Kliche-Behnke
Ingeborg Höhne-Mack